

KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS



*leidenschaftlich
glücken und leben*

kfd-Bundesverband e.V.
Prinz-Georg-Str. 44
40477 Düsseldorf
T. 0211/44992-0
F. 0211/44992-75

info@kfd.de
www.kfd.de

Materialien zur Bundestagswahl 2021

Wir haben für Sie zu acht kfd-relevanten Themen die Positionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD den Positionen der kfd gegenübergestellt. Sich intensiv mit Aussagen dieser Parteien auseinanderzusetzen, ist für eine umfassende Meinungsbildung wichtig.

Grundlage für die zusammengefassten Aussagen der Parteien sind ihre veröffentlichten Wahlprogramme.

Stellen Sie Ideen, Forderungen und Positionen einzelner Parteien auf den Prüfstand und entwickeln Sie Ihre eigene Meinung.

Ziel ist eine Auseinandersetzung mit politischen Forderungen der acht genannten Parteien zu frauenrelevanten Themen.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Wir fordern:

Für beide Geschlechter muss es selbstverständlich möglich sein, im Laufe ihres Lebens zugunsten von Sorgearbeit, Weiterbildung oder Ehrenamt ihre Erwerbstätigkeit einzuschränken oder zu unterbrechen.

- Ausbau von Teilzeitmodellen für Frauen und Männer.
- Erhöhung des Kindergeldes bzw. des Steuerfreibetrages für Kinder in Richtung des Existenzminimums für Kinder, um Familien, insbesondere Alleinerziehende, besser vor Armut zu schützen.
- Eine Verlängerung des Elterngeldbezugs von 12 auf 18 Monate, die sich die Eltern teilen. Jedes Elternteil kann höchstens zwölf Monate Elterngeld beanspruchen.
- Ausbau der Care-Infrastruktur: Beratungs-, Begleitungs-, und Bildungsstellen für alle Lebensabschnitte.
- Stärkung sozialer, organisatorischer und kommunikativer Alltagskompetenzen bei Jungen und Mädchen, u. a. durch hauswirtschaftlichen Unterricht in allgemeinbildenden Schulen.
- Anerkennung von Qualifikationen aus privater Sorgearbeit und Ehrenamt bei Bewerbungen, Einstufungen und beruflicher Weiterentwicklung.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Erwerbs- und Sorgearbeit soll gerechter zwischen Frauen und Männern verteilt werden. Alleinerziehende müssen besondere Unterstützung bekommen.

- Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit:
 1. Zwei Wochen Elternzeit direkt nach Geburt eines Kindes für jeden Vater / Partner*in.
 2. Familienarbeitszeit: Ausbau des derzeitigen Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus zu einer flexiblen, geförderten Elternteilzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes. Wenn in Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende ihre Arbeitszeit reduzieren sollen sie zukünftig je zehn Monate ElterngeldPlus erhalten – mindestens 200 und höchstens 900 Euro.
 3. Kinderkrankentage: 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil.
 4. Familienpflegezeit: 15 Monate Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2 auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden. Wichtig ist, das Unternehmen gezielt auch die Männer ermutigen, dieses Modell zu nutzen.
- Gute und beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Jugendliche und freie Fahrt mit Bus und Bahn im Nahverkehr und ein neues existenzsicherndes, automatisch ausgezahltes Kindergeld, das alle bisherigen Familienleistungen zusammenfasst und nach dem Einkommen der Familie gestaffelt ist – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld.
- Wir werden Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen der Unternehmer.

- Elterngeld: 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende). Der Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. [...] Wir belohnen Väter mit einem zusätzlichen Monat Elterngeld, wenn sie mindestens ein Drittel der Elternzeit übernehmen. Teilen Eltern sich diese Zeit hälftig auf, erhalten beide einen zusätzlichen Monat Elterngeld.
- Kindergrundsicherung: Wir erhöhen das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich. Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich einen abgestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro. Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung des Kindes. Sie wird nicht angerechnet. Wir wollen eine dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage, auch für Beschäftigte in Mini- und Midijobs, Solo-Selbstständige und Freiberufler*innen,
- Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“, mit um die 30 Stunden für alle, eine Begrenzung von Überstunden, ein Anspruch familiengerechte Arbeitszeiten, ein Recht auf vorrübergehende Arbeitszeitverkürzungen für alle Beschäftigten und ein Mindestlohn von 13 Euro.
- Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen: flexible Öffnungszeiten, einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel und täglich kostenloses, gesundes, warmes Essen für alle Kinder.

- Pflegende Angehörige: sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich und unabhängig vom Verwandtschaftsgrad und wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege.
- Wir wollen ein garantiertes Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen für ein selbstbestimmtes Leben in Arbeit, Bildung, Wohnen, Freizeit und im Ehrenamt.

DIE LINKE.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.

- Verlängerung des Rechtsanspruchs auf „Partnermonate“ beim Elterngeld um drei Monate, auf maximal 15 Monate. Das gilt auch für Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich.
- Kinderchancengeld: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmaterielles Chancenpaket.
- Anhebung des Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern.
- Betriebskindergärten steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen.
- Pflegende Angehörige entlasten: Wir Freie Demokraten wollen ein Online-Register für freie Kurzzeitpflegeplätze und eine ständig erreichbare Beratungshotline einführen, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- Offensive für die MINT-Bildung: ein gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Frauen und Mädchen im MINT-Bereich und bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik.
- Wir Freie Demokraten wollen die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale angemessen erhöhen. Wir wollen das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Neues Aufstiegsversprechen – für Deutschland als Chancen- und Familienland.

- Frauen und Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im Beruf oder im Ehrenamt engagieren.
- Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen.
- Das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen.
- Auch staatliche Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können.
- Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. Deshalb werden CDU/CSU die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen verbessern.
- Möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen.
- CDU/CSU unterstützen Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche Karriere zu gewinnen. Sie befürwortet dabei flexible Öffnungszeiten am Abend und an den Wochenenden.
- CDU/CSU werden den Kita-Ausbau auch über 2022 hinaus weiter fördern.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen.

- Ausweitung des Elterngeld auf 24 Monate: pro Elternteil je 8 Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden.
- Eine neue Arbeitszeitkultur und einen flexiblen Vollzeitkorridor, um Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden. Das Kinderkrankengeld wird auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage.
- Kindergrundsicherung: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe als neue eigenständige Leistung und festen Garantiebeitrag zusammengefasst. Kinder in Familien mit geringen Einkommen bekommen zusätzlich einen GarantiePlus-Betrag.
- Für jedes Kind einen Kitaplatz und Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf einen Ganztagsplatz mit Mindeststandards, mehr Fachkräften und besserer Ausstattung.
- Mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen – eingebettet in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- PflegeZeit Plus für Pflege von Angehörigen: eine bis zu dreimonatige Freistellung sowie eine Lohnersatzleistung.
- Ein Programm, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung und Ehrenamt informieren.
- Einführung einer Engagementkarte für Vergünstigungen.

Vereinbarkeit von Erwerbs-, Sorgearbeit und Ehrenamt:

Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann.

- Die AfD will mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. Sie fordert die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz.
- Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.
- Die AfD will für die ersten drei Jahre ein Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern einführen, welches sich als Lohnersatzleistung am bisherigen durchschnittlichen Nettolohn der letzten drei Jahre vor Geburt des ersten Kindes orientiert, gedeckelt auf die Höhe des allgemeinen durchschnittlichen Nettoeinkommens.
- Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll vereinfacht werden, indem nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber gezahlt werden.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.
- Keine Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen.

- Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollen sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken.
- Die derzeit bestehenden finanziellen Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden [...], z. B. durch zinslose Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsomme sich mit jedem Kind vermindert.
- Diskriminierung der Vollzeit-Mütter stoppen: Eltern kleiner Kinder ist dafür der gesellschaftliche, finanzielle und arbeitsmarktliche Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen.
- Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen [...]. Die AfD lehnt Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.
- Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das „Gender-Mainstreaming“. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden.

Quellenverzeichnis:

- Sozialdemokraten (SPD): AUS RESPEKT VOR DEINER ZUKUNFT. DAS ZUKUNFTSPROGRAMM DER SPD – WOFÜR WIR STEHEN. WAS UND ANTREIBT. WONACH WIR STREBEN.
Zu finden unter: <https://www.spd.de/zukunftsprogramm/>
- Die Linke: Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!
Entwurf zu finden unter: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf
- Freie Demokraten (FDP): NIE GAB ES MEHR ZU TUN. DAS PROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN.
Zu finden unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf
- Christlich demokratische/soziale Union (CDU/CSU): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.
Zu finden unter: <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>
- Bündnis 90/Die Grünen: DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN.
Zu finden unter: <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>
- Alternative für Deutschland (AfD): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag
Zu finden unter: <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20--AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf>